

Rom ist überall, oder: Die USA sind kein Imperium, und Europa gehört die Zukunft!

Ernst-Otto Czempiel, *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München 2002, C. H. Beck, 230 S.

Charles Kupchan, *Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas*, (Original: *The End of the American Era. U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the Twenty-First Century*. New York 2002. Alfred A. Knopf), Berlin 2003, Rowohlt, 320 S.

Harald Müller, *Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt 2003, Fischer, 288 S.

Emmanuel Todd, *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, (Original: *Après l'empire. Essai sur la décomposition du système américain*. Paris, 2002. Gallimard), München 2003, Piper, 264 S.

Die Vereinigten Staaten sind die größte Militärmacht. Sie besitzen die stärkste Volkswirtschaft und die Leitwährung. Ihre Kultur strahlt in alle Welt. Aber zu was macht sie das? Zu einer Führungsmacht in einer unipolaren Welt, wie sie bei Robert Kagan in einer auf das Militärische verengten Sicht angelegt ist? Zu einem klassischen Hegemon, also einer Macht, die die Weltwirtschaftsordnung aufrechterhält? Oder zu einem »Hegemon neuen Typs« (S. 17), der durch Demokratie und Liberalismus weltweiten Einfluss besitzt, wie Zbigniew Brzezinski vorschlägt?¹

Einen Begriff hat man dabei in den Vereinigten Staaten lange Zeit von sich gewiesen: Ein *Imperium* wollte man unter keinen Umständen sein. Denn in diesem Wort schwingt der Kampfbegriff »Imperialismus« aus dem 19. Jahrhundert mit, und entsprechend wird »empire« meist negativ gebraucht – wie etwa in Chalmers Johnsons Buch »Blowback: The Costs and Consequences of the American Empire«,² oder in Ikenberrys Warnung vor der »imperial ambition«.³ Auch in dem

1. Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Frankfurt, 1999. Fischer, 307 S. (Original: *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. New York, 1997. Basic Books, 240 pp.).

2. Chalmers Johnson, *Ein Imperium verfällt. Ist die Weltmacht USA am Ende?* München, 2001. Goldmann, 320 S. (Original: *Blowback. The Costs and Consequences of the American Empire*. New York, 2000. Metropolitan).

neuen Buch des demokratischen Präsidentschaftsaspiranten Wesley Clark »Winning Modern Wars: Iraq, Terrorism, and the American Empire«,⁴ in Michael Ignatieffs Betrachtung amerikanischer Post-Conflict-Strategien »Empire lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht«⁵ oder in John Newhouse's »Imperial America: The Bush Assault on the World Order«.⁶

Auf der anderen Seite beginnen einige, das Konzept des Imperiums – einer Staatengruppe oder eines Territoriums unter der Führung einer zentralen Autorität – aber auch vorsichtig anzunehmen, wie der Titel des »Reluctant Empire«, einer Diskussion zwischen Paul Kennedy, Richard Perle und Joseph Nye im April 2003 in der Brown University,⁷ oder Bücher wie die von Andrew J. Bacevich zeigen.⁸

Wie problematisch der Umgang mit dem Begriff aber weiterhin in den USA bleibt, zeigt eine Veranstaltung mit dem provozierenden Titel »The United States is, and should be, an Empire« (zu deutsch etwa: Die USA sind ein Imperium – und das ist auch gut so), die das American Enterprise Institute, der intellektuelle Arm der Bushs Regierung tragenden Neokonservativen, im Überschwang des Sieges im Irak im Juli 2003 durchführten. Darin schmeichelte der britische Historiker Niall Ferguson seinen Zuhörern zunächst, die USA seien ein in jeder Hinsicht wünschenswertes Imperium – nur um ihnen im Anschluss vorzuwerfen, sie kämen ihrer Verantwortung als imperiale Macht nicht nach, sondern wollten alles auf möglichst billigem Weg erreichen. Fergusons Gegenspieler des Abends, Robert Kagan, wies den Vorwurf des Imperiums dagegen brüsk zurück. Alles, nur nicht ein Imperium sein!

Dass die Frage, was die Vereinigten Staaten denn nun darstellten, so kontrovers diskutiert wird, ist Indikator für zwei Krisen: Eine Krise des internationalen Systems, in dem sich eine klare Rollenverteilung, wie sie aus dem Ost-West-Konflikt bekannt ist, offenbar noch nicht wieder eingestellt hat. Und eine Krise der

3. G. John Ikenberry, »America's Imperial Ambition«, in: *Foreign Affairs* 81/5, September/October 2002, pp. 44–60.

4. Wesley K. Clark, *Winning Modern Wars. Iraq, Terrorism, and the American Empire*. New York, 2003. Public Affairs, 240 pp.

5. Michael Ignatieff, *Empire lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht*. Hamburg, 2003. Europäische Verlagsanstalt, 113 S. (Original: *Empire Lite: Nation-building in Bosnia, Kosovo, Afghanistan*. Toronto, 2003. Penguin, 134 pp.).

6. John Newhouse, *Imperial America: The Bush Assault on the World Order*. New York, 2003. Knopf, 208 S.

7. »The Reluctant Empire: In a Time of Great Consequence«, in: *The Brown Journal of World Affairs*, X/1, Summer/Fall 2003, pp. 11–31.

8. Andrew J. Bacevich, *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*, Cambridge, MA., 2002. Harvard University Press, 320 pp.; Andrew J. Bacevich (ed.), *The Imperial Tense: Prospects and Problems of American Empire*. Chicago, 2003, Ivan R. Dee, Inc., 256 pp.

Politikwissenschaft, der es nicht gelingt, ein Konzept zu entwickeln, das die Situation allgemein überzeugend beschreiben kann.

In die Kategorie »Imperium-Kritik« gehört das mit heißer Nadel gestrickte Buch von *Ernst-Otto Czempiel* »Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen«, dessen Manuskript im Juli 2002 beendet worden ist. Czempiel, ein Vertreter eines liberalen Institutionalismus, vertritt seit seiner Publikation »Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts«⁹ aus dem Jahr 1991 die These vom langsamen Wechsel von einer Staaten- zu einer das Individuum betonenden Gesellschaftswelt. Also einer Art Geschichtsdeterminismus anhängend, ist er zudem ein glühender Befürworter einer »klugen Politik« im Zeitalter einer »internationalisierenden Politik«.¹⁰ Von diesem Standpunkt aus muss er die Strategien, mit denen die Bush-Regierung auf die Anschläge vom 11.9.2001 reagierte, geradezu als einen Gegen-Anschlag auf den natürlichen Lauf der weltgeschichtlichen Entwicklung – und auf sein eigenes Geschichtsempfinden – betrachten. Allerdings muss er auch zugeben, dass es bereits unter Clinton nach 1994 zu einer »Wende rückwärts« (S. 79) gekommen sei, in deren Folge Clinton selbst vom »Weltherrn zum Feldherrn« (S. 88) mutiert sei. Aber die Neuordnung der Welt durch den unilateralen Einsatz militärischer Gewalt, die die Bush-Regierung mit dem Ziel einer Pax Americana der »selektiven Weltherrschaft« (S. 108) verfolge, und das Schlagen von »Schneisen neuer Unordnung in der Welt« (S. 187) müssen Czempiel ein Gräuöl sein. Die Vorstellung einer amerikanischen Suprematie, eine Abkehr von der »klugen Selbstbeschränkung«¹¹ hin zu einem System, in dem Macht durch Gewalt und die Idee der Zusammenarbeit aller durch »coalitions of the willing« ersetzt werden, läuft allen Konzepten des liberalen Institutionalismus zuwider.

Der nicht mehr an Werten, sondern vor allem an selbstdefinierter Moral orientierten »Herrschaft à la carte« (S. 180), die die »mit einem Hauch von Staatsstreich« (S. 97) ins Amt gekommene Bush-Regierung als Folge ihres »distinctly American internationalism« anstrebe, hält Czempiel hier einen flammenden Appell zugunsten einer irenischen¹² Politik entgegen: Sicherheit wird weniger durch militärische Verteidigungsfähigkeit als vielmehr durch die Teilhabe des Einzelnen an Herrschaft und wirtschaftlicher Wohlfahrt garantiert, und die politischen Akteure dieses Systems seien nicht nur Regierungen, sondern vor allem die Non-Governmental Organizations (NGOs).

9. Ernst-Otto Czempiel, *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, München, 1991. Beck, 142 S.

10. Ernst-Otto Czempiel: *Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*. München 1999. C.H. Beck, 274 S.

11. Ernst-Otto Czempiel: »Die amerikanische Weltordnung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48/2002, 2.12.2002. www.das-parlament.de/2002/48/Beilage/001.html.

12. Irenik: Das Bemühen um friedliche Lösungen.

Dieses Buch ist eine gegen die Bush-Regierung gerichtete emotionsgeladene Attacke in vier Kapiteln, die eine scharfe Analyse über den Tag hinaus vermissen lässt. Sie ist in gewisser Weise aber auch akademisches Rückzugsgefecht eines renommierten Wissenschaftlers, der noch 1999 der Regierung Clinton vorgeworfen hatte, die Sorge vor dem »Katastrophenterrorismus« bewusst zu übertreiben, um so die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandene »Mobilisierungslücke« (»Kluge Macht«, S. 173) in den USA füllen zu können. Zudem liegt die Vermutung nahe, dass Czempliel mit der Veröffentlichung des Buches nicht warten konnte, bis sich wenigstens der Pulverdampf über Afghanistan verzogen hatte – vom sich abzeichnenden Irakkrieg gar nicht zu sprechen –, weil es zum hundertsten Geburtstag seines 1987 verstorbenen Lehrers Eugen Kogon auf den Markt gebracht werden sollte. Damit kommt der Text aber nicht über die Qualität eines empörten Zwischenrufes hinaus, dessen Autor Anstoß daran nimmt, dass die derzeitige US-Regierung ihre Machtfülle auf unverantwortliche Art ausnutze und missbrauche.

Nun sind aber in der letzten Zeit auch drei andere Bücher in Deutschland erschienen, die sich nicht mit der Stärke der Vereinigten Staaten und dem Aufstieg zu einem Imperium befassen, sondern vielmehr mit deren Schwäche und dem möglichen Abstieg. Dies ist zum einen Harald Müllers »Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September«. Dann Emmanuel Todds »Après l'empire. Essai sur la décomposition du système américain«, dem der mit Michael Moore schon länger schonungslos und in schlichter Gewinnabsicht anti-amerikanische Stereotype ausschlachtende Piper-Verlag¹³ den fragwürdigen Titel »Weltmacht USA. Ein Nachruf« verliehen hat. Und schließlich Charles Kupchans »The End of the American Era. U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the Twenty-First Century« – zu deutsch schmeichelnd: »Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas«.

Harald Müllers Buch ist eine Tour de force durch das aktuelle geo- und sicherheitspolitische Terrain. Dabei räumt er zunächst mit dem weitverbreiteten Vorurteil auf, die Anschläge des 11. September 2001 hätten eine tektonische Verschiebung in der internationalen Politik ausgelöst: Nein, vielmehr lebten in einer weiterhin unipolar organisierten Welt die alten Probleme fort, und die Bush-Regierung führe nur eine Politik weiter, die in Teilen bereits bei den Vorgängern angelegt war. Die Terroranschläge hätten lediglich einzelne Trends verschärft, weil die Unilateralisten ihre Positionen nach dem 11. September aufgrund einer ausgesprochenen Loyalität der im übrigen an Außenpolitik nur begrenzt interessierten Bevölkerung mit der Regierung problemlos durchsetzen, während die innerame-

13. Nachdem der Piper-Verlag mit Michael Moores »Stupid White Men«, gestützt durch den Film »Bowling for Columbine«, einen Bestseller herausgebracht hatte, wurde nun auch das immerhin schon vor sechs Jahren in den USA erschienene »Downsize this!« auf Deutsch nachgeschoben.

rikanische Gegenseite ihnen nicht ent- und geschlossen entgegentreten kann. Und da aufgrund der globalen Machtverteilung die in den USA getroffenen Entscheidungen weltweite Auswirkungen haben, lösen die Positionen der Unilateralisten besonders weitreichende Konsequenzen aus.

So ist es in der Folge des 11. September und der damit verbundenen radikalen Aufwertung der Sicherheitspolitik im Zuge des Anti-Terror-Kampfes sowie der Renaissance des Staates als »Gewaltmonopolist« (S. 104) zu einer »Neujustierung des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Staat« (S. 103) gekommen. Womit nun die Gefahr einer Entdemokratisierung der Außenpolitik bestehe, indem zum Teil die Exekutive Befugnisse an sich reiße, zum Teil aber auch Kompetenzen im Namen der Bündnisfähigkeit auf eine internationale Ebene gehoben und damit der Kontrolle durch die nationalen gewählten Organe entzogen werden.

Mit der Warnung, dass mit der Dominanz der Sicherheitspolitik bürgerliche Freiheiten verloren gehen könnten, die Außenpolitik militarisiert werde und die Supermacht vermehrt unilateral vorgehen könnte, verbindet Müller konkret auch eine scharfe Kritik an der Bundesregierung: Diese habe in unverantwortlicher Weise ihre Macht an die Vereinigten Staaten abgegeben, um dann – Widerspruch? – einen »wahlkampfbedingten Totalpazifismus« (S. 150) an den Tag zu legen. Wenigstens habe der Bundestag trotz des »Spektakels einer Vertrauensfrage« nach dem 11. September eine »Totalermächtigung« (S. 125) verhindern können. Dagegen habe Frankreich eine im Sinne Europas weitaus verantwortungsvollere, der Lage angemessene Haltung an den Tag gelegt (ungeachtet seiner früheren problematischen Positionen). Die NATO wiederum habe den Weg von einer Organisation zum Schutz kollektiver Sicherheit zu einem ein »Mauerblümchendasein« (S. 123) fristenden »Gefolgschaftsverband« (S. 54) der USA angetreten, in dem mittlerweile »feudale Kommunikationsmuster« (S. 177) herrschten und die US-Regierung Beratungen zwischen den Regierungen mit der als »Briefings« bezeichneten Weitergabe »pädagogisch inspirierter Mitteilungen amerikanischer Positionen« (S. 184) verwechsle.

Müller breitet ausgiebig und detailliert – und gelegentlich auch redundant – die globale Post-11.9.-Landkarte vor seinem Leser aus, allein: Warum die Supermacht jetzt vielleicht in der Sackgasse stecke, wie der Titel andeutet, muss der Leser sich aus dem mit Hemdsärmeligkeiten gespickten Text mehr oder minder selbst erschließen. Es liegt nahe zu vermuten, dass die USA in die Sackgasse geraten sein könnten, weil sie mit ihrer Politik einer »konfrontativen Hegemonie« (S. 237) und dem Versuch, überkommene Konzepte mit modernsten Waffen durchzusetzen, in dem dichten globalen Handlungsgeflecht ihre Interessen nicht erreichten und lediglich ihre Kräfte überforderten, ohne dabei in die islamischen Unruhenationen mit deren Krise aus »religiös motiviertem politischem Größenwahn« und »verzücktem Lokalimperialismus« (S. 262) hineinwirken zu können. Eine klar formulierte These findet sich in Müllers langen Darstellungen und Analysen der geopolitischen Situation hingegen nicht.

Dies ist dagegen um so deutlicher der Fall in *Emmanuel Todds* »Weltmacht USA«: Der lange Zeit als Literaturkritiker von *Le Monde* angestellte Historiker und Demograph geht davon aus, dass die Welt, ungeachtet der nur vordergründigen Krisen, auf dem Weg über lokale Unruhen hin zu einem stabilen Zustand sei. Ursache für diese Entwicklung sei die Erhöhung des Bildungsniveaus. Dass dieses sich verbessert, erkennt Todd an zwei Indikatoren: Der weltweit zunehmenden Alphabetisierung als Voraussetzung für Bildung und der in vielen Gesellschaften feststellbaren Verlangsamung des Bevölkerungswachstums als Resultat von Bildung.

Die einzige Bedrohung für diese Entwicklung zu einem stabilen Zustand stellen die USA mit ihrem Versuch dar, aus einem halb-imperialen Zustand heraus ihr Imperium errichten zu wollen. Da ihnen dazu aber am Ende sowohl die militärische Kraft (gegenüber Russland) und die wirtschaftliche Stärke (gegenüber Europa und Japan) fehlten, tyrannisierten sie mit ihrem eigenen Opfer streng vermeidenden »theatralischen Mikromilitarismus« (S. 170) »Kleinstmächte« (S. 38) wie Nordkorea, Kuba, den Irak oder den Iran. Damit aber seien die USA von einem Vorbild und Welt-Problemlöser früherer Jahrzehnte – Todd setzt den Zeitraum zwischen 1950 und 1965 an – selbst zu einem weltpolitischen Problem geworden, das den internationalen Terrorismus zur Rechtfertigung der »Institutionalisierung des permanenten Kriegszustandes« (S. 16) benutze.

Dabei zeuge ihr aggressives, narzisstisches und unberechenbares Auftreten aber nicht von Stärke, sondern sei vielmehr ein Zeichen von Schwäche. Und nicht nur, dass die USA angesichts der weltweiten Ausbreitung der Demokratie zunehmend als politisches Vorbild überflüssig würden, schlimmer noch: Angesichts des Aufstiegs einer politischen Oligarchie in den Vereinigten Staaten taugten sie auch überhaupt nicht mehr als demokratisches Ideal. Außerdem lebe die Welt nicht wie noch nach dem Zweiten Weltkrieg von der wirtschaftlichen Kraft der Vereinigten Staaten. Vielmehr hätten sich die Verhältnisse umgekehrt: Seit dem Vietnamkrieg hätten sich die USA zu einem »räuberischen« Staat (S. 31) entwickelt, der von der Weltwirtschaft abhängt und dessen durch den »magischen« Dollar (S. 116) ermöglichter Überkonsum wie ein »schwarzes Loch« (S. 157) für alle anderen wirke.

Darüber hinaus eigneten sich die Vereinigten Staaten auch deshalb schon nicht als imperiale Macht, weil sie die vor allem bis 1965 im Rahmen des Systemwettkampfes mit der Sowjetunion ausgeprägte Fähigkeit zur Assimilation von Randgruppen und Zuwanderern in der Zwischenzeit wieder verloren hätten. Explizit nennt Todd für diese These die Position der Hispanos, Araber und Afroamerikaner, die – wie die abnehmende Zahl von »interracial marriages« zeige – zunehmend marginalisiert und ausgeschlossen würden.

Das Herausragende an Todds Buch ist seine Aufsehen erregende und provokante These, dass das Handeln der USA nicht auf Stärke, sondern auf Schwäche beruhe. Inhaltlich dagegen ist es nur mäßig bedeutsam, streckenweise wirt, manchmal schlicht falsch. Ein Essay, dessen Autor sich zur Verteidigung seiner

Ideen wenig Gedanken über sachliche Richtigkeit macht. So ist es schon bemerkenswert, Nordkorea oder den Iran als »Kleinstmächte« zu bezeichnen. Die Zeitspanne von 1950 bis 1965 undifferenziert als hohe Zeit der Bürgerrechte zu identifizieren, ist nicht nachzuvollziehen. Die Ausflüge, die Emmanuel Todd – als Pipers Michael Moore der Anthropologie gewissermaßen – in die Sozialpsychologie unternimmt, fördern auch nichts wirklich Erhellendes zutage: Den Kampf gegen das (äußere) Böse als Ersatzhandlung für den Kampf gegen die zahllosen negativen Entwicklungen im Inneren der US-Gesellschaft – Demokratieverlust, Todesstrafe, Gewalt u.a. – zu interpretieren, ist problematisch. Und es ist haarsträubend, die neue Nähe der US-Rechten zu Israel damit zu erklären, diese sähen mit Beruhigung, dass Israel im gleichen Maße Unrecht begehe wie sie selbst. Die Kritik der Rolle von Frauen im Islam als Niedergang von Toleranz und universalistischer Haltung zu bezeichnen, ist schließlich bodenlos – ein Indikator für die neue Tendenz, massive Menschenrechtsverletzungen quasi als regionale Folklore zu verharmlosen.

Todd sieht die von den USA bestimmte Unipolarität allmählich in eine Pentarchie übergehen, die von Russland, China, Japan, Europa und den Vereinigten Staaten gebildet wird. Ob dieses System die von Todd unterstellte Stabilität bringen wird, sei dahingestellt. Dass er den Europäern empfiehlt, in dieser Situation militärisch stärker zu werden, überrascht nicht – dass sie ihre nuklearen Kapazitäten ausbauen sollten, dagegen schon. Dies würde nämlich nicht nur international erhebliche Probleme verursachen und die eingegangenen Rüstungskontrollabkommen verletzen, sondern auch der weiteren Forderung Todds widersprechen, den Militarismus abzulehnen und sich statt dessen den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Gesellschaften zu widmen. Dass sich außerdem Frankreich und Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat teilen sollten, klingt zwar gut – aber es ist eher unwahrscheinlich, dass es je dazu kommen wird.

Für Todd ist der Aufstieg Europas eine ausgemachte Sache. Und nicht nur für ihn: Auch Czempel sieht am Ende »die Stunde Europas« (S. 199) gekommen, das ein Korrektiv zur Weltpolitik der USA bilden solle. Zwar wird bei Müller die künftige Rolle Europas, der »Mittel-« (S. 161) bzw. »maulenden Partnerzwerge« (S. 185) der USA, nicht ganz so eindeutig gesehen. Aber angesichts der Interessen- und Machtverhältnisse, durch die Russland und China als Gegenpole zu den Vereinigten Staaten für die nächste Zeit eher ausgeschlossen werden könnten, bleibe eben nur Europa übrig. Allerdings nur, sofern sich die Europäer aus ihrer »nationalpolitischen Hühnerhaufenrealität« (S. 245) befreien und statt des Entsendens separater »Ergebnisadressen« (S. 178) nach Washington auf den »groben amerikanischen Klotz« mit langem Atem einen »europäischen groben Keil« (S. 252) aus durchdachten Konzepten setzten. Nicht als Antipode aufzutreten, sondern »weltordnungspolitische Gegenentwürfe« (S. 155) zu präsentieren und damit das amerikanische Diskursmonopol und die amerikanische Definitionsmacht zu brechen: Dies sind nach Müller die europäischen Aufgaben der Zu-

kunft – Aufgaben, die somit auch dem »Korrektivkonzept« Czempiels entsprechen.

Dass die Zukunft für die Welt in Europa liege, ist die zentrale Aussage von *Charles Kupchans* vor einem Jahr veröffentlichten Buch »The End of the American Era«, das nun auf deutsch unter dem freundlichen Titel »Die europäische Herausforderung« vorliegt. Dabei geht Kupchan davon aus, dass die USA sich aufgrund des schleichenden Isolationismus über kurz oder lang aus der Weltpolitik zurückziehen werden. Mit dem Ende der amerikanischen Epoche werde es zum Aufstieg der Europäer kommen. Doch wenn die Vereinigten Staaten für diese Entwicklung keine »Grand Strategy« (im Sinne des Kennan'schen Telegramms 511 aus dem Jahr 1946 oder Paul Nitzes NSC-68 vom April 1950) bereit hätten, um den Übergang weich zu gestalten, werde man noch böse Überraschungen erleben – eine These, die nicht nur an Todds Ausführungen erinnert, das Verhalten der USA sei Folge des Niedergangs, sondern die sich explizit auch in Immanuel Wallersteins im Sommer 2002 veröffentlichtem Artikel »The Eagle has Crash Landed«¹⁴ findet: Wenn die USA nicht lernten, mit ihrem Machtverfall umzugehen, würden sie für die ganze Welt zu einer Gefahr werden.

Wie Wallerstein denkt auch Kupchan in großen Zeiträumen. Aber während Wallerstein Zyklen im Auge hat – konkret den Aufstieg der USA parallel zu dem des Deutschen Reichs nach der Rezession 1873 mit dem Höhepunkt des »Dreißigjährigen Krieges« von 1914 bis 1945 und den anschließenden allmählichen Machtverfall –, bemüht Kupchan historische Analogien. Seine Prämisse: »Alle großen Reiche gehen unter« (S. 127). Die USA können damit also ihren Platz an der Sonne nicht behalten, und der quasi natürliche Nachfolger muss Europa sein. Zur Begründung zieht Kupchan, der unter Clinton das Europa-Büro im Nationalen Sicherheitsrat leitete, zwei historische Parallelen heran: Zum einen den Aufstieg Deutschlands nach der Konsolidierung des Reiches unter Bismarck nach 1871, zum anderen den Aufstieg der Vereinigten Staaten in den Jahrzehnten nach 1789.

Dabei ist das Denken in Analogien, wie Kupchan es betreibt, aber nur begrenzt überzeugend. Denn die USA haben sich rund hundert Jahre und einen Bürgerkrieg lang aus der Weltpolitik herausgehalten, bevor sie 1898 auf die Weltbühne traten. Wie soll Europa eine solche, von Kupchan für das kommende Jahrzehnt prognostizierte Entwicklung bewältigen? Denn wenn er den unaufhaltsamen Aufstieg Europas vorhersagt, kann er nur auf Indikatoren verweisen: den Airbus A400 (der erst 2012 eingeführt wird), das Navigationssystem Galileo, die verschiedenen diplomatischen Initiativen der EU in Korea, auf dem Balkan und im Nahen Osten, dazu den Aufbau der EU-Eingreiftruppe. Solche Gedanken mögen die Nervosität Washingtons erklären, wenn sich einige europäische Staatschefs in Brüssel zum »Prälinengipfel« treffen – als Argument jedoch, mit dem man die Verdrängung

14. Immanuel Wallerstein, »The Eagle has Crash Landed«, in: *Foreign Policy*, July/August 2002, pp. 60–68.

der USA durch Europa belegen könnte, ist dies wenig tragfähig. Auch den Untergang des römischen Reiches zu bemühen, wie Kupchan es tut, überzeugt nicht: Washington und Brüssel waren nie und werden nie Rom und Konstantinopel und die USA und Europa kein Weströmisches Reich und Byzanz sein, auch wenn solche Assoziationen durchaus einen feuilletonistischen Reiz besitzen. Tatsächlich aber offenbaren sie Kupchans mechanistisches Weltbild, das sich auch in der dem Realismus entnommenen Vorstellung widerspiegelt, dass sich große Mächte schon aufgrund ihrer schieren Existenz herausfordern müssten, bis schließlich ein Gleichgewichtszustand erreicht sei.

Bedenkenswert ist allerdings Kupchans Mantra, dass absteigende Großmächte eine Grand Strategy zur Hand haben müssten, um den Übergang für sich und andere weitgehend schmerzlos zu gestalten. Es geht dem Autor dabei um die Rettung eines »liberalen Internationalismus«, der derzeit in den Vereinigten Staaten von einem Isolationismus und gelegentlichen unilateralen Ausschlägen in die Zange genommen werde. Dafür sei der Anti-Terror-Krieg als rettende Grand Strategy, um die »Ordnung der Pax Americana« vor der »Unordnung des Konkurrenzkampfes« (S. 52) der aufsteigenden Mächte zu bewahren, nun denkbar ungeeignet. Nebenbei sei bemerkt: Gerade in diesem Nebeneinander der großen Mächte sah Todd die Voraussetzung für einen Stabilitätsgewinn. Kupchans Alternativkonzept – die Bildung einer Art Weltdirektorat nach dem Vorbild des europäischen Konzertes, in dem Entscheidungen im Konsens gefällt werden müssen, dann der Aufbau von Normen und Regeln unter der Führung der USA, solange diese noch mächtig genug seien, schließlich die Beschäftigung mit langfristigen Bedrohungen – ist allerdings vollkommen unrealistisch: Denn schon bei der Aufgabe des Vetorechts werden die großen Mächte dieser Welt ihr Veto einlegen.

Interessant sind Kupchans kurze Innenansichten der USA, auch wenn sie ein wenig wie die pessimistischen und nostalgisch angehauchten Abgesänge eines frustrierten Ex-Mitarbeiters des Weißen Hauses klingen: Die Klage über den Verfall der politischen Institutionen – siehe Todd – und der Regierungskunst in den Vereinigten Staaten – vergleiche Czempiel – beim Übergang in das digitale Zeitalter, über die Krise der demokratischen Beteiligung – siehe Müller – und über den Verlust eines die USA vereinigenden Bürgersinns angesichts lähmender regionaler Gegensätze. Außerdem über das Verkommen der amerikanischen Think Tanks zu schlichten Produktionsstätten kurzlebiger Positionspapiere oder unverblümter Meinungsmache.

Die USA also auf dem Weg des unaufhaltsamen Niedergangs?

Die Diskussion über den Abstieg der Vereinigten Staaten ist nicht neu: Es ist daran zu erinnern, dass Ende der 80er Jahre eine Reihe amerikanischer Wissenschaftler angesichts von Reagans defizitverursachender Hochrüstung und ökonomischer »Trickle-Down-Philosophie« den von dem Harvard-Historiker Paul Kennedy geprägten Begriff des »imperial overstretch«, also dem Ungleichgewicht zwischen geopolitischen Herausforderungen und dem zur Begegnung erforderli-

chen wirtschaftlichen Potenzial, aufgriffen und das Schreckgespenst des relativen Abstiegs der USA an die Wand malten. Damit lösten sie einen heftigen Streit zwischen den »Declinists« und den »Revivalists« aus, der beispielsweise in einem im Herbst 1990 unter der Überschrift »Fin-de-Siècle America« in der New York Review of Books abgedruckten Briefwechsel zwischen Paul Kennedy und Joseph S. Nye (»Bound to lead«) ausgetragen wurde.

Dies war der Höhe- und zugleich Endpunkt der Debatte, denn kurz darauf war die Sowjetunion Vergangenheit, Fukuyama reklamierte in dem Bestseller »Ende der Geschichte« den endgültigen Sieg des Westens. Der wiederum strich die Friedensdividende ein. Unter Clinton befreiten sich die USA – nicht zuletzt durch die Dot-Com-Blase beflügelt – wenig später aus der Depression. Die Realität schien die Declinists also Lügen zu strafen. Doch die Vorstellung von einem Untergang der USA infolge eines »imperial overstretch« überlebte und taucht dann und wann wieder auf.

Man muss fragen: Auch jetzt nur ein Wiedergänger?

Stephan Böckenförde
Berlin